

Professor Habermas, Ihr begriffsloser Objektivismus erschlägt das zu emanzipierende Subjekt!

(Redebeitrag auf dem Kongreß in Hannover am 9. Juni 1967)

Rudi Dutschke:

Meine Damen und Herren, um Ihre Zeit nicht zu sehr in Anspruch zu nehmen, habe ich das ausgearbeitete Referat wesentlich gekürzt.

Mit der Verringerung der Möglichkeiten, die Schranken der Akkumulation durch Ausdehnung des kapitalistischen Feldes zu überwinden – die Welt ist aufgeteilt, die Dritte Welt hat ihren Kampf begonnen –, mit dem dadurch bedingten Ausmaß der Kapitalvernichtung, durch Rüstung, künstliche Aufblähung eines gigantischen Bürokraten- und Verwaltungsapparates, struktureller Arbeitslosigkeit, unausgenutzten Kapazitäten, Reklame etc., d. h. also mit dem Anwachsen der gesellschaftlichen toten Kosten, mit dem wachsenden Zurückbleiben der Produktionssteigerung hinter ihren technischen Möglichkeiten, treten neue Tendenzen in der Dynamik des Klassenkampfes auf, verändert sich das traditionelle Theorie-Praxis-Verhältnis im Marxismus.

Bei Professor Habermas kann es noch mit Marx so heißen: Es genügt nicht, daß der Gedanke zur Wirklichkeit drängt, die Wirklichkeit muß zum Gedanken drängen. Das war richtig für die Zeit der transitorischen Notwendigkeit des Kapitalismus. Davon kann schon längst keine Rede mehr sein. Die materiellen Voraussetzungen für die Machbarkeit unserer Geschichte sind gegeben. Die Entwicklungen der Produktivkräfte haben einen Prozeßpunkt erreicht, wo die Abschaffung von Hunger, Krieg und Herrschaft materiell möglich geworden ist. Alles hängt vom bewußten Willen der Menschen ab, ihre schon immer von ihnen gemachte Geschichte

endlich bewußt zu machen, sie zu kontrollieren, sie sich zu unterwerfen, das heißt, Professor Habermas, Ihr begriffsloser Objektivismus erschlägt das zu emanzipierende Subjekt. Die Mechanisierung des Arbeitsprozesses mußte den Anteil der gelernten Arbeiter an der gesamten industriellen Arbeit zwangsläufig verringern. Parallel dazu wächst aber die Bedeutung und Unentbehrlichkeit der zahlenmäßig verringerten gelernten Schicht, der technischen und ökonomischen Intelligenz für den gesamten gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß.

Diese Verwissenschaftlichung des Produktionsprozesses ist auch die Grundlage einer neuen Funktionsbestimmung der Universität durch den Spätkapitalismus, ist Ausgangspunkt einer antiautoritären Politisierungsmöglichkeit der Universität durch uns. Das in den letzten Jahren sprunghaft gestiegene Interesse der herrschenden Unordnung bezüglich der Reform der Universität gewinnt seinen materialistischen Begründungszusammenhang in der oben skizzierten ökonomischen Entwicklung. Die objektiven Anforderungen der Gesellschaft an die Universität, die aus dem Wachstum und Wandel der ökonomischen Situation der BRD hervorgehen, bedürfen zum vollen Verständnis auch der Reflexion über die Entwicklung der studentischen Organisationen und der universitären Hierarchie, durch deren Dynamik die ökonomischen Notwendigkeiten sich durchsetzen sollen. Wir nehmen dafür die FU, ihr Berliner Modell, den erreichten Stand der Politisierung der Studentenschaft, den Stand der Auseinandersetzung mit der Universitätsbürokratie, mit der »Öffentlichkeit«, als Ausgangspunkt der Analyse.

Die kürzliche Urabstimmung, als vorletzter Höhepunkt der Auseinandersetzungen in Westberlin, dem bestimmt neue auf erweiterter Stufenleiter folgen werden, brachte einen zahlenmäßig knappen Erfolg des AStA, der aber erst dem wirklich klar wird, der begreift, daß es bei der Wahl nicht um Abwahl oder Anerkennung des AStA ging, sondern daß es darum ging, sich zu bekennen zur antiautoritären

Tendenz oder zur autoritären Tendenz des Rektorats, damit waren nämlich in letzter Konsequenz die entscheidenden gesellschaftlichen Grundfragen unter hochschulpolitischen Vorzeichen an der Tagesordnung, d.h. wir haben die entscheidende Frage gestellt nach Mündigkeit oder Unmündigkeit des Studenten in unserer Universität. Das Ergebnis war paradox. Die gesamtgesellschaftliche Bewußtlosigkeit der systematisch entmündigten Massen, die periodisch in den Wahlen den Beweis ihrer geistigen Reduziertheit antreten dürfen, reproduzierte sich nicht. Fast 50 Prozent der Studenten stimmten für das antiautoritäre Lager. Wie kam es zu diesem überraschenden Ergebnis, was bedeutet es für die Bundesrepublik, welche Schlußfolgerungen sind daraus zu ziehen? Sind die FU-Zustände Anachronismus, oder stellen sie vielleicht die Zukunft der deutschen Universität dar? Die entscheidende politische Verschiebung im Politisierungsprozeß an der Freien Universität erfolgte in den Jahren 1963/66. Viele Faktoren wurden schon genannt, einige meiner Meinung nach entscheidende wurden ausgelassen. So, unter anderem, daß der Ausgangspunkt der Politisierung eines Teils der Westberliner Studentenschaft Aktionen auf der Straße gegen Tschombé, Verwoerd u. a. Regime der Dritten Welt waren. Und das ist von entscheidender Bedeutung darum, meine Damen und Herren, weil diese Aktionen, die wir durchführten, Aktionen waren, die Resultat einer rationalen Bewältigung des zur damaligen Zeit diskutierten Problems darstellten.

Wir hatten in monatelanger Diskussion theoretisch herausgearbeitet, daß die bürgerliche Demokratie, in der wir leben, sich gerade dadurch auszeichnet, daß sie es dem Lord gestattet, mit seinem Hund spazierenzugehen, und so auch den Vietnam-Protesten den Weg zur Verfügung stellt und die Kanalisierung des Protestes durchführt. Aus dieser theoretischen Einschätzung der Integrationsmechanismen der bestehenden Gesellschaft ist es für uns klargeworden, daß die etablierten Spielregeln dieser unvernünftigen

Demokratie nicht unsere Spielregeln sind, daß Ausgangspunkt der Politisierung der Studentenschaft die bewußte Durchbrechung dieser etablierten Spielregeln durch uns sein mußte. Diese theoretische Diskussion über die Möglichkeiten, den Protest zu integrieren und die direkte und richtige, weil historisch mögliche Solidarisierung mit den kämpfenden Völkern zu verhindern, war Ausgangspunkt von praktischen Aktionen auf der Straße, die allerdings noch andere Faktoren mitbedingten, daß wir es zu einer Politisierung an der FU brachten. So z.B., um das nur der Vollständigkeit halber hinzuzufügen, daß die Zahl der Studenten immer größer wurde, die Qualität der Vorlesungen und Seminare in Folge bürokratischer Verpflichtungen der Professoren immer schlechter wurde.

Ein anderes wichtiges Moment der Politisierung war, daß das latente und ganz abstrakte Unbehagen über die bestehende Ordnung, die Erfahrungen auf der Straße, die Aufklärung in den Veranstaltungen, der Druck von außen und die bewußte oder unbewußte Überzeugung, daß die bestehende Gesellschaft an den persönlichen, seelischen und körperlichen Verkrüppelungen Schuld trägt, eine psychische Disposition schufen, die starke antiautoritäre Elemente und Tendenzen in sich trug, in sich trägt. Hinzu kam als letzter und sehr wesentlicher Punkt, daß der AstA der FU sich der allgemeinen Politisierungstendenz nicht entziehen konnte, er wurde immer mehr mitgestaltender Motor in der weiteren Auseinandersetzung mit der Administration.

Die tendenzielle Beseitigung der studentischen Opposition durch exemplarischen Polizeiterrord, durch Bestrafung und Relegierung sogenannter Rädelsführer muß von uns als Angriff auf die bedeutendsten Ansätze demokratischen Bewußtseins nach dem Zweiten Weltkrieg in Deutschland angesehen werden und mit adäquaten Aktionsformen beantwortet werden. Die staatliche Gewaltmaschine, die Bürokratie und die Exekutive, sind die selbstverständlichen Hüter der Ordnung, Ruhe und Sicherheit der bestehenden

Herrschaft. Jede Bewegung politischer Gruppen, die die Notstands-Spielregeln der unvernünftigen Ordnung nicht mehr akzeptieren, wird von ihr als direkter Angriff auf die bestehende Ordnung angesehen – und das ist richtig. Wir sehen das täglich jetzt in Westberlin, und dennoch sind wir illusionslos genug einzusehen, daß wir nichts anderes in der nächsten Periode als eine Vergrößerung des antiautoritär-realdemokratischen Lagers in- und außerhalb der Universität erreichen können, und das wäre schon sehr viel. Sie sehen, wie sehr die Herrschenden um ihre Sicherheit zu fürchten beginnen.

Das kann man in Berlin geradezu exemplarisch in diesen Tagen erfahren. Wer gestern die Parlamentsdebatte gehört hat, dürfte damit übereinstimmen. Sie beginnen sich dann zu fürchten, sobald eine radikaldemokratische Opposition, vermittelt durch rationelle Bewältigung der Problematik, politische Praxis gegen undemokratische Herrschaftsfunktionen beginnt, und dazu gehören praktische Proteste gegen die der Integration und Anpassung der Bevölkerung dienenden Staatsbesuche. Und es zeigte sich bei uns in Westberlin, daß die Phase der direkten Auseinandersetzung mit der etablierten Ordnung auch die festen Organisationen der Studentenschaft, wie AStA, SDS, SHB, LSD u.a., unterläuft. Daß allein die praktische, kritische Entfaltung der bewußtesten Teile der Studentenschaft durch entstehende Aktionszentren eine politische Kontinuität der Auseinandersetzung unter größter Beteiligung der Studentenschaft ermöglicht, was unter SDS-Flagge, AStA-Flagge, LSD-Flagge oder was auch immer unmöglich ist, darum Aktionszentren zur Kontinuität der politischen Arbeit an der Universität, wir sind mit unseren Aktionszentren in Westberlin jetzt schon über eine Woche tätig, das ist der längste Zeitraum wirklich massenhafter politischer Kontinuität, die wir je in Westberlin gehabt haben, wir haben die Hoffnung, daß diese räteartigen Gebilde an allen westdeutschen Universitäten in den nächsten Tagen gegründet werden, denn die

rationale Bewältigung der Konfliktsituation in der Gesellschaft impliziert konstitutiv die Aktion, wird doch Aufklärung ohne Aktion nur zu schnell zum Konsum, wie Aktion ohne rationale Bewältigung der Problematik in Irrationalität umschlägt. Ich fordere alle westdeutschen Studenten auf, umgehend Aktionszentren in den Universitäten der BRD aufzubauen: für die Expandierung der Politisierung in Universität und Stadt durch Aufklärung und direkte Aktion; sei es gegen Notstand, NPD, Vietnam oder hoffentlich bald auch Lateinamerika. Ich fordere die Aktionszentren auf, daß sie koordinierte politische Aktionen in der ganzen Bundesrepublik und Westberlin in den nächsten Tagen und Wochen mobilisieren, denn es geht darum, daß wir für Dienstag in Westberlin eine Demonstration beantragt haben zur Aufhebung des Demonstrationsverbotes. Sollte diese einberufene Demonstration nicht gestattet werden, so haben wir bei uns beschlossen, daß unmittelbar nach Verbot der Demonstration über Kampfaktionen gegen dieses Demonstrationsverbot beraten wird und darüber entschieden wird, und wir wären sehr froh darüber, wenn Dienstag westdeutsche Aktionszentren in Westberlin wären, um dort gemeinsame Aktionen zu beschließen.

In einer Antwort auf mehrere Diskussionsbeiträge sagte Rudi Dutschke u. a.:

Und zu Herrn Kuhn, folgendes: Ich denke, daß sich in der Theorie-Praxis-Beziehung, die wir auch als historische Beziehung in den verschiedenen sozial-ökonomischen Formationen zu begreifen haben, in dem Augenblick Wesenhaftes verändert, wenn ein Punkt in der historischen Entwicklung erreicht ist, wo die materiellen Voraussetzungen für eine neue Welt gegeben sind. Marx ging davon aus, daß wir eine dialektische Identität von Ökonomie und Politik hatten. Die Tendenz der Ökonomie sollte in Richtung Krise gehen und die Krise politische und menschliche Emanzipation durch kämpferische Aktion ermöglichen. Da aber die gegenwärtige

sozio-ökonomische Entwicklung diese emanzipierende Tendenz nicht mehr in sich trägt, verändert sich vollkommen das Gewicht der subjektiven Tätigkeit des einzelnen. Davon bin ich ausgegangen, damit ist genannt eine neue Bestimmung des Voluntarismus. Wir können nicht mehr einfach sagen, Wille ist falsch, denn unter den Bedingungen, wo Tendenzen qua Tendenzen nicht mehr emanzipierend, geschichtlich vorgehen, wird die praktische Tätigkeit der Menschen in der gegenwärtigen Periode von entscheidender Bedeutung für unsere Zukunft und darum neue Bestimmung der subjektiven Tätigkeit, darum ›sich-wenden‹ gegen einen Objektivismus, der weiterhin vertraut auf einen emanzipatorischen Prozeß, der sich naturwüchsig durchsetzt. Dieses Vertrauen habe ich nicht, ich vertraue nur auf die konkreten Tätigkeiten von praktischen Menschen und nicht auf einen anonymen Prozeß.

*Etwas später – Rudi Dutschke hatte die Versammlung wegen der
brisanten politischen Situation in Berlin schon verlassen – antwor-
tete Jürgen Habermas:*

Meine Damen und Herren, ich hoffe, daß Herr Dutschke noch hier ist.

Zwischenruf:

Nein!

Jürgen Habermas:

Es tut mir leid, ich kann dann in der vorgesehenen Schärfe mich nicht mehr äußern, wie ich es eigentlich vorgehabt hatte. Denn in Abwesenheit von Herrn Dutschke wäre es leicht, hier ein argumentatives Wort zu sprechen, so will ich mich also mäßigen und nur einige Fragen stellen. Ich bin erstaunt, daß die Linie, die Herr Dutschke hier vertreten hat, zwar aus dem Publikum in Frage gestellt worden ist, aber vom Tisch der Veranstalter ohne Kommentar hingenommen worden ist. Ich möchte, oder ich hätte gerne Herrn Dutschke folgendes gefragt. Ich bin aus dem Auto wieder zurückgekommen, weil ich es für richtig hielt, doch nicht

zu schweigen. Herr Weller hat wiederum von Brutalität und Unmenschlichkeit gesprochen, und ich meine, daß wir diese Vokabeln glaubwürdig nur verwenden und vertreten und nicht nur zu manipulativen Zwecken ausstreuen können, wenn Herr Dutschke uns eine klare Auskunft auf folgende Fragen in einem positiven Sinne gäbe. Herr Dutschke hat als konkreten Vorschlag, wie ich zu meinem Erstaunen nachher festgestellt habe, nur vorgetragen, daß ein Sitzstreik stattfinden soll, das ist eine Demonstration mit gewaltlosen Mitteln. Ich frage mich, warum nennt er das nicht so, warum braucht er eine Dreiviertelstunde, um eine voluntaristische Ideologie hier zu entwickeln. Ich bin der Meinung, er hat eine voluntaristische Ideologie hier entwickelt, die man im Jahre 1848 utopischen Sozialismus genannt hat und die man unter heutigen Umständen, jedenfalls ich glaube, Gründe zu haben, diese Terminologie vorzuschlagen, linken Faschismus nennen muß. Es sei denn, daß Herr Dutschke aus dem, was er an Überbau hier entwickelt hat, praktisch keine Konsequenzen zu ziehen wünscht. Das hätte ich gerne geklärt. Ich hätte gerne geklärt, ob er nun willentlich die manifeste Gewalt herausfordert nach dem kalkulierten Mechanismus, der in dieser Gewalt eingebaut ist, und zwar so, daß er das Risiko von Menschenverletzung, um mich vorsichtig auszudrücken, absichtlich einschließt oder nicht. Die offizielle Version, gegen die Sie auf eine so überaus überzeugende, auf eine überaus erfolgreiche Weise, meine Berliner Kommilitonen, in den letzten paar Tagen mit dem festen Recht angegangen sind, nämlich die Version, daß der Tod eines Kommilitonen auf das Konto von provokationistischen Studentenhorden geht, diese Version, und ich hätte das gerne Herrn Dutschke gefragt, würde sie Wahrheit werden können, wenn seine Strategie sich durchsetzt? Oder habe ich ihn total mißverstanden?

Zwischenruf:

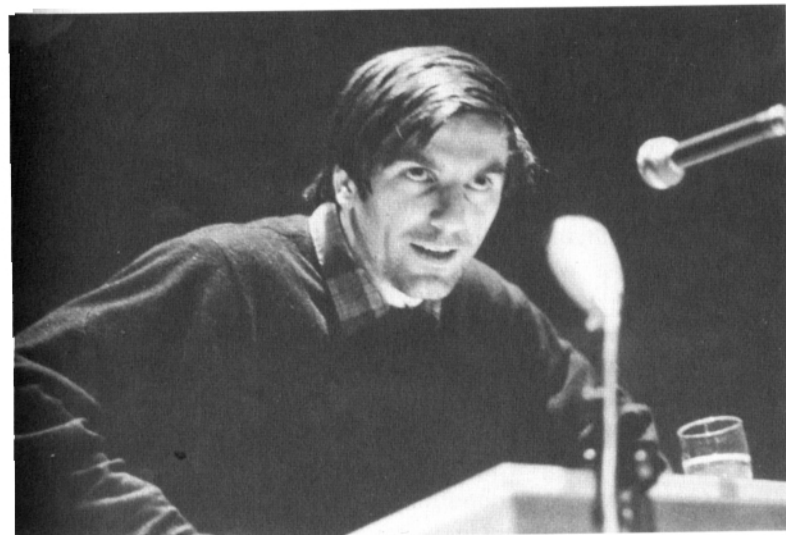
Ja, selbstverständlich, Sie haben ihn nicht verstanden. Total mißverstanden – total mißverstanden.

Jürgen Habermas:

So, so! Bitte, bin ich der einzige, der ihn so mißverstanden hat? Meine Damen und Herren, wir können über die progressive Rolle von Gewalt diskutieren, und es ist in der Theorie, der ich nicht eben fern stehe, sehr ausführlich darüber diskutiert worden. Es gibt eine progressive Rolle der Gewalt, und die analytische Unterscheidung zwischen progressiver und reaktionärer Gewalt hat seinen guten Sinn eben für die Analyse. Aber ich meine, daß in einer Situation, die weder objektiv revolutionär ist, noch in einer Situation, nachdem eine Revolution gewonnen ist und nun naturwüchsige Gewalt durch politische Planung ersetzt werden muß, ich meine, daß in einer Situation, in der weder der eine noch der andere Fall gegeben ist, es nur eine subjektive Anmaßung sein kann, nun für die Studenten, die in der Tat nichts anderes als Tomaten in den Händen haben können, eine Strategie vorzuschlagen, die, wenn ich Sie nicht mißverstanden habe, und nichts würde ich mit größerem Vergnügen sehen, als daß Sie mir überzeugend klarmachen, daß ich Sie mißverstanden habe, und das ist nicht zuletzt der Sinn dieser Intervention – es ist notwendig, daß dieses Mißverständnis, wenn es eins ist, aus dem Raume geschafft wird –, ich meine, in einer solchen Situation ist es eine subjektive Anmaßung, für Studenten, die nichts anderes als Tomaten in den Händen haben, eine Strategie vorzuschlagen, die, wie ich es heute schon zweimal gesagt habe, darauf angelegt ist, eine sublimale Gewalt, die notwendig in Institutionen impliziert ist, manifest werden zu lassen, gleichviel, ob sie etwa zu vertreten ist oder nicht. Ich meine nur eins, daß formale Regelungen, gegen die Sie mit so viel Wärme hier zu Felde ziehen, nach den Vorstellungen, die wir bisher gemeinsam geteilt haben, materiell eingelöst, aber nicht außer Kraft gesetzt werden sollten. Ich darf noch einmal sagen, meine Intervention hat den Zweck, Sie, die Sie Herrn Dutschke nun vertreten müssen, so leid es mir tut, zu bitten, mich wirklich zu überzeugen, ob das ein Mißverständnis ist oder ob sehr

wohl in dieser Strategie das impliziert ist, was ich hier zunächst hypothetisch unterstellt habe.

Benno Ohnesorg, der bei der Anti-Schah-Demonstration in Westberlin am 2. Juni 1967 von dem Polizisten Kurras erschossen worden war, wurde am 9. Juni in Hannover beerdigt. Unmittelbar danach fand der Kongreß »Bedingungen und Organisation des Widerstandes« statt, der über 7000 Teilnehmer zählte. Es kam zu einer langen politischen Diskussion über die Perspektiven der Bewegung. Hier erhob Jürgen Habermas zum ersten Mal den Vorwurf des »Linksfaschismus« gegenüber der Studentenbewegung (den er später revidierte).



1967